

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonntabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 28. November 1905.

№ 137.

Die Bundesratsbestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften.

Eine große Errungenschaft auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung und Hygiene sind die Bundesratsbestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften für unser Gewerbe, wenn sie überall eingeführt und streng befolgt werden.

Allein die Einführung und Befolgung dieser von jedem Berufsgenossen mit Freunden zu begrüßenden Bestimmungen läßt in vielen Gegenden und Buchdruckereien und Schriftgießereien des Reiches noch manches zu wünschen übrig. Einige Paragraphen, die die peinlichste Aufmerksamkeit erfordern, seien zu Rang und Frommen näher mitgeteilt:

§ 4. Die Räume müssen mit einem dichten und festen Fußboden versehen sein, der eine leichte Befestigung des Staubes auf feuchtem Wege gestattet. Hölzerne Fußböden müssen glatt gehobelt und gegen das Eindringen der Nässe geschützt sein. Die Wände und Decken müssen, soweit sie nicht mit einer glatten abwaschbaren Bekleidung oder mit einem Lackanstrich versehen sind, mindestens einmal jährlich mit Kalt frisch angestrichen werden. Die Bekleidung und der Lackanstrich müssen jährlich einmal abgewaschen und der Lackanstrich, wenn er lackiert ist, mindestens alle zehn Jahre, wenn er nicht lackiert ist, alle fünf Jahre erneuert werden. Die Segepulte und die Regale für die Letternkasten müssen entweder ringsherum dichtschließend auf dem Fußboden aufliegen, so daß sich unter denselben kein Staub ansammeln kann, oder mit so hohen Füßen versehen sein, daß die Reinigung des Fußbodens auch unter den Pulten und Schriftregalen leicht ausgeführt werden kann.

§ 5. Die Arbeitsräume sind täglich mindestens einmal gründlich zu lüften. Ferner ist dafür Sorge zu tragen, daß in ihnen ein ausreichender Luftwechsel während der Arbeitszeit stattfindet.

§ 7. Die Räume und deren Einrichtungen, insbesondere auch Wände, Gesimse, Regale, sind zweimal im Jahre gründlich zu reinigen. Die Fußböden sind täglich mindestens einmal durch Abwaschen oder feuchtes Abreiben vom Staube zu reinigen.

Die Bewachung und Kontrollierung durch die Gewerbeinspektoren ist zwar häufig eine pünktliche, aber nicht immer erfolgreiche. Das liegt eben daran, weil die Gewerbeinspektoren keine Fackelleute sind. Auch der Besuch solcher Herren ist oft nicht unerwartet, und in solchen kritischen Tagen werden die Segepulte und Maschinenstühle auf einmal so geprengt, geküßt, gereinigt usw., daß man annimmt, der Gewerbeaufsichtsbeamte könne keine Uebertretungen wahrnehmen.

Wer ist dem Schuld an diesen Mißverhältnissen? An der Nichtbefolgung gewiß die Prinzipale oder deren Vertreter, an der mangelhaften Durchführung — meines Erachtens — das Personal.

Im Zeitalter der Gewerbefreiheit ist es von einem Prinzipale, noch dazu, wenn er nicht praktischer Buchdrucker oder Schriftgießer ist, nicht zu verlangen, daß er das hauptsächlich zur Erhaltung der Gesundheit des Personals geschaffene Gesetz überwacht. Daher muß von der Gewerkschaft mit Nachdruck verlangt werden, daß die Bundesratsbestimmungen auch täglich mit größter Peinlichkeit ausgeführt werden. Sollten ihre Forderungen nicht erfüllt werden, müßte der Faktor um Zuneigung angegangen werden. Falls diese Instanz keine Frucht zeitigt, wäre ein Herantreten an den Prinzipal resp. dessen unmittelbaren Vertreter ratsam. Wird auch hier auf Widerstand gestoßen, dann suche man die außergerichtlichen Wege wahrzunehmen, als da sind die Gehilfenzusammensitzungen und der Vorstand, die ich hierfür berufen erachte. Die Einhaltung dieses Weges ist natürlich empfehlenswerter, als wenn die Gehilfen sofort bei Nichtdurchführung der Bundesratsvorschriften und ihrer Wünsche sich zur Wehr setzen an den Gewerbeinspektor wenden, denn durch eine hohe Strafe wird vielfach nur der Groll der betreffenden Firma gegen das Personal herbeigeführt.

Die Unfallverhütungsvorschriften und Schutzvorrichtungen vermögen nicht so viele Unfälle verhindern wie man gemeinhin annimmt, was die erstaunlich hohen Ziffern der Jahresberichte der preussischen Regierungs- und Gewerbeverträge pro 1904 beweisen.

Gleichzeitig sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß die deutsche Arbeitszeit gegenüber der englischen den Vorzug insofern hat, als eine nichtdurchgehende Arbeitszeit eine dem Körper und Geist weniger anstrengende ist.

Die gegenwärtig herrschende ruhige Zeit im Gewerbe dürfte günstige Gelegenheiten bieten zur Nachholung und Ausführung nicht nur der aufgehobenen technischen, sondern auch der familiären Arbeiten.

Stettin.

Og.

Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen.

Die Höchstleistungen bei der Krankenversicherung.

Zu den Wintermonaten finden bei den Krankenkassen in der Regel die Generalversammlungen statt. Dieselben haben sich u. a. auch mit der Beschlußfassung über die Abänderung der Statuten zu beschäftigen. Das Krankenversicherungsgezet schreibt den Kassen vor, welche Mindestleistungen auf alle Fälle zu gewähren sind; ebenso sieht der § 21 eine Erhöhung und Erweiterung der Leistungen der Ortskrankenkassen, also die Höchstleistungen vor.

Für die Versicherten ist es von großem Vorteile, wenn die Krankenkassen möglichst hohe Leistungen gewähren, zumal in jetziger Zeit, wo die Lebensmittelpreise usw. sich immer mehr steigern. In nachstehendem soll deshalb auf die Höchstleistungen der Krankenkassen näher eingegangen werden.

Die Dauer der Krankenunterstützung muß gesetzlich 26 Wochen betragen; dieselbe kann aber bis zu einem Jahre verlängert werden. Für die Zeit nach der 26. Woche kann jedoch das Krankengeld unter dem gesetzlichen Mindestmaße festgesetzt werden.

Das Krankengeld muß gesetzlich im Falle der Erwerbsunfähigkeit mindestens vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab gezahlt werden, und zwar für jeden Arbeitstag. Das Krankengeld kann aber schon vom Tage des Eintritts der Erwerbsunfähigkeit ab sowie für Sonn- und Feiertage gewährt werden, sofern dieses sowohl von der Vertretung der zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber als auch von derjenigen der Versicherten beschlossen wird, oder sofern der Betrag des gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds erreicht ist. Die Kassen haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten drei Jahre anzunehmen und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.

Das Krankengeld kann ferner auf einen höheren als wie den gesetzlichen Betrag — die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes —, und zwar bis zu drei Viertel desselben festgesetzt werden. Neben freier ärztlicher Behandlung und Arznei können auch andere als die im § 6 bezeichneten Heilmittel (Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel) gewährt werden. Je höher also der durchschnittliche Tagelohn, desto höher ist das Krankengeld. Gesetzlich brauchen Heilmittel, die den Preis der Brille oder eines Bruchbandes übersteigen, nicht gewährt zu werden; nach dem § 21 können aber auch größere Heilmittel, ja selbst Badefuren usw. bewilligt werden.

Im Falle der Krankenhauspflege steht den Angehörigen gesetzlich die Hälfte des Krankengeldes, also ein Viertel des durchschnittlichen Tagelohnes, zu. Hier kann eine Erhöhung bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes eintreten. Nach dem Kommissionsbeschlusse vom Jahre 1903 wurde darauf Bezug genommen, daß der Entschluß, sich einer Krankenhausbekämpfung zu unterwerfen, für jemand, der Angehörige besitzt, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten, sehr schwer werde, wenn er befürchten müsse, daß während dessen diese Angehörigen in Not geraten könnten. Um solche Entschlüsse zu erleichtern und damit die Krankenhausbekämpfung zu fördern, erachte es ratsam, den Krankenkassen hier die beantragte Möglichkeit einer Krankengeldgewährung zu geben.

Versicherten, welche nicht den Unterhalt von Angehörigen aus ihrem Lohne bestritten haben, kann neben freier Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus ein Krankengeld bis zu einem Viertel (früher ein Achtel) des durchschnittlichen Tagelohnes gewährt werden. Diese Leistung ist also für die Ledigen sehr wichtig.

Fürsorge für Rekonvaleszenten kann für die Dauer eines Jahres nach Beendigung der Krankenunterstützung eingeführt werden, ebenso die Unterbringung in einer Rekonvaleszentenanstalt. Diese Bestimmung kommt den Versicherten zu gute, die nach Beendigung der Heilbehandlung zwar wieder arbeitsfähig geworden sind, aber noch der Schonung bedürfen und durch Fortgewährung einer kleinen Unterstützung in den Stand gesetzt werden, zunächst teilweise ihre Beschäftigung ohne Gefährdung ihrer Gesundheit wieder aufzunehmen.

Schwangeren, welche mindestens sechs Monate der Kasse angehören, kann eine der Wöchnerinnenunterstützung gleiche Unterstützung wegen der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbsunfähigkeit bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen gewährt werden. Auch kann freie Gewährung der erforderlichen Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden beschlossen werden. Das Gesetz kannte früher nur die Wöchnerinnenunterstützung, die mindestens für vier Wochen gewährt werden mußte, jedoch bis auf sechs Wochen ausgedehnt werden konnte. Seit dem 1. Januar 1904 beträgt diese Unterstützung allgemein sechs Wochen. Ob die Schwangerschaft eine eheförmige oder eine uneheliche ist, spielt für die Gewährung der Unterstützung keine Rolle. Wöchnerinnenunterstützung muß, Schwangerschaftsunterstützung usw. hingegen kann gewährt werden.

Für erkrankte Familienangehörige können freie ärztliche Behandlung, freie Arznei und sonstige Heilmittel gewährt werden, sofern diese Familienangehörige nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen. Ebenso kann den Ehefrauen der Kassenmitglieder die Schwangerschafts- wie Wöchnerinnenunterstützung gewährt werden.

Das Sterbegeld kann auf einen höheren wie dem gesetzlichen zwanzigfachen Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes, und zwar bis auf den vierzigfachen Betrag desselben erhöht werden; auch kann ein Mindestbetrag von 50 Mk. festgesetzt werden. Als Kinder eines Mitgliedes gelten die ehelichen und die diesen nach dem bürgerlichen Rechte gleichgestellten, bei weiblichen Mitgliedern auch die unehelichen. Auch verstorbenen Ehefrauen stellt bei derjenigen Kasse, bei welcher sie versichert sind, beim Tode eines Kindes das Sterbegeld zu.

Beim Tode der Ehefrau oder eines Kindes eines Kassenmitgliedes kann, sofern diese Personen nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen, auf Grund dessen ihren Hinterbliebenen ein Anspruch auf Sterbegeld zusteht, ein Sterbegeld, und zwar für erstere im Betrage bis zu zwei Dritteln, für letztere bis zur Hälfte des für das Mitglied festgestellten Sterbegeldes gewährt werden.

Sodern die Familienunterstützungen „auf Antrag“ gewährt werden, gestattet das Gesetz hierzu die Erhebung eines Zusatzbeitrages von den Versicherten.

In meinem Artikel „Krankenversicherung“ in Nr. 141 vom vorigen Jahre habe ich neben der Erwähnung der Mindestleistungen der Krankenkassen die Höchstleistungen nur kurz gestreift und deshalb bin ich in diesem Artikel ausführlicher darauf eingegangen. Die ersten Artikel „Die Arbeiterversicherungsgeetze des Deutschen Reiches“ sollten in knapper Form die einzelnen Gesetze behandeln. Wie diese Gesetze weiter auszubauen sind usw., dies sollte den weiter erscheinenden Artikeln vorbehalten bleiben. Da nun ebenfalls die Krankenkassenstatuten bezüglich der Höchstleistungen weiter ausgebaut werden können, habe ich auch diese Leistungen einer Betrachtung unterzogen mit dem Wunsche, daß diejenigen Kollegen, die als Vertreter zur Generalversammlung und als Vorstandsmitglieder der Krankenkassen fungieren, den Höchstleistungen die nötige Beachtung schenken sollen.

Da von der Einführung der Höchstleistungen nicht allein die verheirateten, sondern auch die ledigen Mitglieder profitieren, so dient die Einführung derselben nur der Allgemeinheit. Deshalb auf zum weiteren Ausbau der Krankenkassen!

Auf die in diesem Artikel erwähnten „Heilmittel“ (Brillen, Bruchbänder) wird in einem späteren Artikel an der Hand von gefälligen Entschreibungen noch des Näheren eingegangen, zumal hierauf die Höchstleistungen der Krankenkassen auch Bezug haben.

W. Gildenberg.

Korrespondenzen.

Altenburg. Unter vollständiger Verdrehung einzelner Stellen meines Berichtes über die Schließung der Druckerei von Reinhold Berger in Lufda in Nr. 131 des „Corr.“ versucht es Herr Paul Voigt in einer Berichtigung in Nr. 134 unjers Organs, mich der Angabe von Unwahrheiten zu beschuldigen, wogegen ich nimmere die Tatsachen nochmals sprechen lassen muß. Und Tatsache ist, Herr Faktor Voigt, daß am 25. September 1905 in obengenannter Druckerei ein Konflikt wegen des Satz-durchschnittspreises eines Kataloges ausbrach, und daß infolgedessen Sonnabend den 30. September vier unserer dabei beteiligten Mitglieder mit der Begründung seitens Herrn Bergers gekündigt wurde, daß wohl Arbeit vorhanden sei, sie könne aber nicht tariflich bezahlt werden; da sie als Mitglieder des Verbandes dafür nicht arbeiten dürften, müßten sie eben gehen. Diefelben haben am 7. Oktober aufgehört. Tatsache ist ferner, daß den am 14. Oktober gekündigten und am 21. Oktober entlassenen weiteren vier Mitgliedern wegen Verbandszugehörigkeit gekündigt wurde. Weides ist in meinem Bericht deutlich ausgedrückt. Ebenso ist es Tatsache, daß die Plätze unserer Mitglieder durch Mitglieder des Gutenbergbundes besetzt worden sind, denn es befinden sich bereits zurzeit meiner Berichterstattung am 28. Oktober fünf derselben in der Druckerei neben ein oder zwei Gehilfen, welche keiner Organisation angehören, während vor dem Konflikt nur ein oder zwei Mitglieder des Gutenbergbundes dafelbst arbeiteten. Woher Herr Voigt angeht die Tatsachen, welche durch Schriftstücke unserer davon betroffenen Mitglieder belegt werden können, und für welche eben dieselben auch persönlich eintreten würden, den Mut nimmt, da etwas zu berichtigen, wo nichts zu berichtigen ist, kann man nur dann verstehen, wenn man ihm den milderen Umstand zubilligt, daß er als Mitglied des Gutenbergbundes die Handlungsweise der Mitglieder derselben in dieser Angelegenheit beschönigen will.

Breslau. Nachdem die Vereinsversammlung vom 19. November des verstorbenen Kollegen Paul Wente, der seit mehreren Jahren Invalide war, ehrend gedacht, gab Kollege Schlag einen Bericht über die Tarifbewegung in Oesterreich. Da die Verhältnisse unterdes von anderer Seite eingehend geschilbert worden sind, sei nur noch der Schlussatz des Redners gedacht, in denen er die Ueberzeugung aussprach, daß die Kollegen Oesterreichs in einem aufgedringenen Kampfe unsere vollste Sympathie und materielle wie moralische Unterstützung finden würden. Unter „Tarifliches“ gab Kollege Haertel Kenntnis von der Regelung einiger tariflicher Vorfälle und von dem Antrage auf Streichung der Firma Littauer aus dem Tarifverzeichnis, da dieselbe Arbeitsburichen zu Lehrlingsarbeiten heranzieht. Unre Tarifbewegung besprechend, ermahnte er die Kollegen zu engerm Zusammenhänge und kollegialen Verhalten zueinander, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der diesmalige schlechte Versammlungserfolg nicht Interesslosigkeit, sondern anderen Ursachen entspringe. Aus der Versammlung wurde mitgeteilt, daß einige große Vereine in tariftreuen Druckereien drucken lassen, wie auch viele Dissertationen aus solchen hervorgehen. Demgegenüber wurde darauf verwiesen, daß der Vorstand alljährlich an alle Vereine Zirkulare mit dem Verzeichnis tariftreuer Druckereien versendet mit dem Ersuchen, nur solche zu berücksichtigen. Die Dissertationen anlangend, will der Vorstand versuchen, auch hier einen Erfolg zu erringen, wie dies schon bei verschiedenen Vereinen gelungen sei. Die Konditionslorenziffer ist endlich in erfreulicher Weise gesunken, leider nicht mit der Aussicht auf längere Dauer.

h. Vuer i. B. Gewiß mancher Kollege, der die Ehre hatte, in Vuer auf kürzere oder längere Zeit eine Gastrolle zu geben, wird sich wundern, wenn er von nachfolgendem Kenntnis erhält und erfieht, daß es auch hier einmal zu dümmern beginnt, so daß die Gründung eines Ortsvereins von flatten gehen konnte. Wenn auch vielleicht die technische Erweiterung der einzigen bislang hier am Orte bestehende Firma, „Westfälische Verlagsdruckerei“, sowie die Neugründung einer Zeitung, „Generalanzeiger“, mit ihr Teil dazu beigetragen haben, daß etwas mehr „Leben in die Bude“ kam, so ist es doch auch nicht zuletzt dem eifrigen Bemühen der jetzt hier am Orte tätigen Kollegen zu verdanken, daß endlich der Wunsch auf Gründung eines Ortsvereins am 19. November in Erfüllung gegangen ist, und wir somit in der Lage sind, die glückliche Geburt des jüngsten Sprößlings in unserer Verbandsfamilie mit gegenwärtigen feierlich anzugehen. Außer dem offiziellen Vertreter des Bezirksverbandes in Eisen, Kollegen Meidt, waren noch einige Eisener Kollegen erschienen und wurde unter den üblichen Reden und Hochs der Weisheit vollzogen sowie die Vorstandswahl erledigt. Beide hier am Orte bestehende Firmen sind tariffrei und werden Gehilfen beschäftigt bei Westfälische Verlagsdruckerei 10 (5 Mitglieder, 1 Gutenbergbünder, 1 Nichtmitglied), im „Generalanzeiger“ 4 (2 Mitglieder, 2 Nichtmitglieder). Die tariflichen sowie sonstigen Verhältnisse können im allgemeinen als gute bezeichnet werden, und ist somit also die berechtigte Hoffnung vorhanden, daß der Ortsverein Vuer i. B. in Zukunft ein kräftiges Glied am Stamme unserer Organisation sein und bleiben wird.

Tarminstadt. Die Versammlung vom 11. November wurde, da der Vorsitzende Hildebrandt erkrankt war, vom Kassierer Böhme geleitet und beschäftigte sich, nachdem vier Ausnahmen vollzogen, mit einer Anfrage des

Kollegen Speyer: „Wie haben sich frank werdende Mitglieder unjers Vereins betreffs der Krankheitsmeldung zu verhalten?“ und „Ist es frank gewordenen Mitgliedern, in diesem Falle einem an nervösen Krankheitszuständen erkrankten Mitgliede, gestattet, Ausstellungen und Konzerte, verbunden mit Restauration, zu besuchen?“ Zur ersten Frage wurde beschloffen, von jetzt ab streng nach dem Statut zu verfahren (innerhalb drei Tagen anzumelden), damit Fälle von Anmeldeung nach 25 Tagen usw. ausgemerzt würden. Bei der zweiten Frage stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß der Besuch einer Ausstellung (hier Gartenbauausstellung) einem Kranken nichts schaden könne, und wir nichts dagegen haben könnten, wenn die vom Arzte vorgeschriebene Ausgangezeit eingehalten und geistige Getränke nicht im Uebermaße genossen würden. Im großen Ganzen sei jedoch von Fall zu Fall zu entscheiden. Die Wahl eines Arbeitsnachweisverwalters wurde für eine Allgemeine Versammlung zurückgestellt. Der schlechte Besuch des Vereinslokales und die ganz minimale Benutzung unjrer Bibliothek wurden sehr bedauert und ein Besuch dieses Vereinsabends von sieben bis acht Kollegen von annähernd 300 als trag bezeichnet. Hoffentlich bessert sich beides, nachdem das geplante Gewerkschaftshaus hier zur Tatsache wird. Nach Erledigung einiger Interna wurde die von 62 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

W. Dresden. In den letzten Wochen hielt die Angelegenheit der C. Heinrichschen Druckerei die Gemüter in Spannung. Handelte es sich doch darum, ein vierfaches Kontrollsystem, welches in letzter Zeit eine Schärfe angenommen hatte, bei welchem sich niemand wohl fühlen konnte, zu beseitigen. Das angesehene Tarifschiedsgericht entschied dahin, daß im Kommentare zum Tarife (S. 74) im Anschlusse an § 32 darauf hingewiesen ist, daß der Tarifabschnitt (1896) bei Beratung des § 32 unzulässig sei. Die vom Geschäft ausübende Kontrolle darf also nicht den Charakter eines Rechens in gewissen Gebiete tragen, sondern nur in dem für ordnungsmäßige Führung eines Geschäftes (Seite 76 des Kommentars) notwendigem Maße stattfinden und nicht zu einem Systeme ausgefallt werden, das sich durch eine Reihe von Kontrollen kompliziert. Diese Auffassung findet ihre Begründung im Vorlaute des Kommentars (S. 75); an betreffender Stelle ist ausgeführt: „daß der Prinzipal wohl berechtigt ist, vom Gehilfen zu verlangen, daß er seine Arbeitsleistung in ein Arbeitsbuch einträgt, oder die für eine Arbeit benötigte Zeit auf einem Laufzettel angibt, oder auf den Fahnen- oder Vogenabzug seinen Namen schreibt“. Zu beachten sind ferner die dem betreffenden Absätze im Kommentare vorausgehenden Darlegungen. Der Prinzipal rief nun seinerseits das Schiedsgericht an, da die Gehilfen die vom Geschäft getroffenen Einrichtungen, das neben den Wochenarbeitszetteln nur noch die mit jedem Auftrage im Geschäft unlaufsunden Kommissionszettel auszufüllen seien, d. h. die Spezialisierung der Arbeiten auf der Nichtseite der Kommissionszettel, verweigerten. Ferner lehnten die Gehilfen die Kontrolle des Ablegens ab. In dieser zweiten Schiedsgerichtssetzung wurde folgender Entscheidung gefällt: „Die Geper der Firma C. Heinrich haben die betreffend der Sachleistungen von seiten des Geschäftes verlangte Kontrolle durch Wochenarbeitszettel und Kommissionszettel zu erfüllen. Es ist selbstverständlich, daß auch bezüglich des Ablegens gewöhnliche Kontrolle stattfinden muß. Das Schiedsgericht empfiehlt aber der Firma C. H., den zuverläßigen Radwies über das Ablegen durch Verabreichung mit der Gehilfenschaft möglichst zu vereinfachen“. Nach längerem Sträuben haben die Kollegen nun vorstehenden Schiedsgerichtsbescheid angenommen, so daß die langerechte Ruhe wohl wieder eintreten wird. Eine sehr komische Rolle soll bei der ganzen Angelegenheit der Ablegesachverwalter G. gespielt haben, indem er es verstand, durch schlauweises Behandeln der Geper diese aus der Ruhe zu bringen. Die in den Versammlungen am 24. Oktober und 2. November gegen ihn erhobenen Anklagen werden ihm hoffentlich zu tieferm Nachdenken Veranlassung geben. — Der am 2. November abgehaltene Gaumitgliederversammlung ging eine Innungsversammlung voraus, in welcher die vorjährigen Vertreter Hoff, Weis, Masche, Stenders und Bräuer einstimmig wiedergewählt wurden. Kollege Wendische referierte alsdann über Tarif und Kommentar. Er betonte, daß es sich jeder Kollege zur Pflicht machen müsse, den Kommentar, so oft wie es die Zeit gestatte, zur Hand zu nehmen und zu studieren. Leider gebe es noch Druckereien, in welchen man vom Kommentare nichts wüßte, ja, manche Kollegen seien leider noch so weit zurück, daß sie nicht in der Lage wären, ihre Wochenarbeit nachzurechnen. Lobend sei hervorzuheben, daß verschiedene Druckereien aus der Hausstufe oder durch Sammlungen sich dieses so notwendige Buch zugelegt hätten. Da in der nächsten Zeit ja öfter über den Tarif gesprochen würde, stellte Redner seine Ausführungen als Einleitung zur nächsten Tarifrevision hin und behandelte daher kurz zusammenfassend die Hauptpunkte unjers Tarifes. Eine lebhafteste Debatte zeigte, wie von den Kollegen noch die einzelnen Paragraphen verschiedentlich angelegt werden. Zu diesem höchst aktuellen Vortrage war leider der Versammlungsbuch ein höchst geringer, hoffentlich gestalter er sich für die Zukunft besser.

S. Bad Dürkheim. Ein Stüdchen weiter vorwärts brachte uns die am 5. November abgehaltene Mitgliederversammlung. Einer eindringlichen Einladung an die Nichtmitglieder der Druckerei Hinkel, diese Versammlung

zu besuchen, leisteten die drei dort beschäftigten Kollegen bereitwilligste Folge, wie auch ein weiteres Nichtmitglied der Druckerei Rheinberger erschienen war. War es doch das ersehnte, daß sich fast sämtliche hiesige Kollegen in einer kleineren Versammlung zusammenfinden, um endlich gemeinsam mitzuarbeiten an den idealen Bestrebungen unjers Verbandes. In seiner Eröffnungsanrede hieß Kollege Stepp die Erschienenen herzlich willkommen und wünschte, daß die Streitart von der hiesigen Gehilfenschaft nun für alle Zeit begraben sein möge. Nunmehr nahm unser Bezirksvorsteher Holzappel-Neustadt das Wort zu einem Vortrage über „Zweck und Ziele unjers Verbandes“. Der Redner hob trefflich unterstützt durch reiches Tafelmaterial, die Bedeutung des Verbandes für die Gehilfenschaft hervor, ging dann auf die örtlichen Verhältnisse ein, fordernd, daß die Ausnahmebestimmungen bei der nächsten Tarifrevision beseitigt werden müßten, um eine Herabsetzung der gewerblichen Verhältnisse in der Provinz herbeizuführen, zum Schlusse die Nichtmitglieder zum Beitritte in den Verband ermahnd. Das Neirat des Kollegen Holzappel hatte auch den Erfolg, daß die vier anwesenden Nichtmitglieder ihr Ehrenwort gaben, Anfang des nächsten Jahres ihren Beitritt betätigen zu wollen. Wir wollen hoffen, daß die Kollegen ihr Versprechen auch einlösen. Den Bericht von der Bezirksversammlung in Neustadt erstattete Kollege Stepp, und gab derselbe das Zirkular des Gewerkschaftsverbandes betreffend Ablehnung der „Militärvorlage“ bekannt, betonend, daß in Neustadt beschloffen wurde, diesbezüglich eine Urabstimmung vorzunehmen. Am der am 13. Januar stattfindenden Weihnachtsfeier unjers Bezirksvereins Neustadt wird sich der hiesige „Bezirksverein“ in corpore beteiligen. Nachdem den Kollegen Holzappel- und Meteor-Neustadt der Lauf ausgesprochen, schloß Kollege Stepp mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf den Verband die schon verlassene Versammlung. Ein Stüdchen Kleinarbeit wurde erledigt, denn wir sind auf dem besten Wege, daß in dem ehemals dunklen Dürkheim unjser Verband feste Domäne bleiben wird! Zu der nächsten Mitgliederversammlung wird Kollege Stepp die in seinem Besitze befindlichen Drucksachenmuster ausstellen. Bedauern müssen wir nur, daß unjser letzter Appell an die Graphischen Klubs um Zuwendung von Drucksachenmustern keine Beachtung fand, anerkennen aber, daß von der „Corr.“-Redaktion ein Sortiment geschickt wurde, wofür bestens dankt sei. Nachmal wiederholen wir unsere Bitte, denn auch in den kleinen Provinzorten streben die Kollegen nach technischer Verbesserung, und kann durch gute, einwandfreie Muster nebst dem Studium der Fachpresse viel hierzu beigetragen werden. Adresse: P. Stepp, Bad Dürkheim, Hinterbergstraße 64.

p. Tüschdorf. Die am 11. November im Gewerkschaftshause abgehaltene Bezirksversammlung konnte wiederum acht Kollegen zur Aufnahme empfehlen, während der Drucker Beders wegen Neuen zum Ausschlusse gestellt wurde. Hierbei entwickelte sich wiederum eine sehr ausgedehnte Debatte über das Restantenwesen, die das Resultat zeitigte, daß gegen Gewohnheitsrestanten, welche bis zur nächsten Versammlung nicht befriedigende Erklärungen über Einzahlung ihrer Verpflichtungen abgegeben haben, streng nach dem Statut verfahren werden soll. Weitans die längste Zeit beanspruchte die Besprechung der Wahl der Generalversammlungsvorsteher zur Krankenkasse für Fabrik- und Metallarbeiter, über deren Ausgang bereits in Nr. 133 des „Corr.“ berichtet wurde. Es bot die Debatte insofern des Interessanten vieles, als sie Schlaglichter auf das Treiben der „christlichen“ Gewerkschaften warf, denen es auch bei dieser Gelegenheit wiederum nicht darauf antam — echt christlich — ein paar Unterschriften auf der Vorschlagsliste zu fällen und sich auch nicht entblöden, einen unjrer Kollegen auf die christliche Liste zu setzen, und als darüber Aufklärung verlangt wurde, in der hiesigen Zentrumspreffe stolz die Erklärung abzugeben, „aus Toleranz“ wären die Christlichen dazu übergegangen, auch einen freigewerkschaftlichen Organisierten auf ihre Liste zu setzen. Es geht eben nichts über Höflichkeit! Nur schade, daß die Verbandsmitglieder diesem Höflichkeitsakte ihre Anerkennung nicht gewähren wollten und sich bei dem notorischen Kandidatenmangel auf der christlichen Seite etwas eingebender nach den weiteren Umständen dieser Kandidatenauffstellung erkundigten. Es wurde demgemäß in der Versammlung der Beschluß gefaßt, den Kollegen Landsmit (in der Zentrumspreffe beschäftigt) zu einer Erklärung darüber zu veranlassen, was ihm die zweifelhafte Ehre verschaffe, auf der gegnerischen Liste zu glänzen. Das Ergebnis war, daß dem Kollegen erst mit dem Vorzeigen des Maschinenabzuges Kenntnis davon geworden war, „aus Toleranz“ die christliche Liste vervollständigen zu dürfen. Die seitens des Kollegen Landsmit abgegebene Erklärung wird jedenfalls mit Befriedigung aufgenommen werden, da sie blündig und klar ausdrückt, daß seine Auffstellung ohne sein Wissen und Wollen erfolgt ist. Den armen Christen dürfte hiernach in Anbetracht des eingelegten Protestes ihre Toleranz wohl schon recht leid geworden sein. Des weitern beschäftigte sich die Versammlung sehr eingehend mit dem Kapitel Heimarbeit aus Anlaß eines Vorkommnisses bei den Maschinenmeistern einer hiesigen größeren Druckerei. Da auch diese Sache eine glückliche Beilegung gefunden hat, erübrigt sich ein Eingehen darauf, doch darf anerkannt werden, daß die Debatte teilweise fruchtbringende Momente zeitigte. Die Zeit war inzwischen so weit vorgerückt, daß der Kasienbericht pro drittes Quartal vertagt werden mußte, ebenso die Beschlußfassung über ein neues

Bereinstimmlich, nachdem die Lokalkommission Bericht erstattet hatte. Für das am 30. Dezember zu begehende Jubiläum der 25-jährigen Mitgliedschaft des Kollegen Sieberts stellte die Versammlung einen Kredit von 116 Mk. zur Verfügung. Die ziemlich gut besuchte Versammlung wird hoffentlich in bezug auf den Besuch noch bessere Nachfolger finden.

J. K.-S. Frankfurt a. M. Infolge der allgemeinen Teuerung entschloß sich die „Frankfurter Zeitung“, als die erste der hiesigen Firmen, in freiwilliger Weise ihrem gesamten Personale — 217 an der Zahl — eine vorläufige Teuerungszulage in der Höhe von 30 Mk. für Verheiratete und 15 Mk. für Ledige zu gewähren, und zwar in Raten von je 10 und 5 Mk. für die Monate November, Dezember und Januar. Ein neuerliches Zeichen sozialer Fürsorge und demokratischer Gesinnung genannter Offizin, in den Zeiten wirtschaftlicher Depression ihrem Personale die Lebenshaltung soviel wie möglich zu erleichtern. Nachdem nun eine Reihe anderer hiesiger großer Firmen sich bei jeder Gelegenheit immer auf die „Frankfurter Zeitung“ berufen, so ist denselben hiermit vollkommene Gelegenheit geboten, den Worten die Tat folgen zu lassen. Der vielversprechende Anfang der „großen Frankfurterin“ wird gewiß hierzu ein Ansporn sein. Soeben erfahre ich, daß der „Generalanzeiger“, nachdem eine vom Personale gewählte Kommission wiederholt erfolglos um eine Lohnanpassung vorstellig wurde, seinem Personale, und zwar den Verheirateten eine Teuerungszulage von 40 Mk. in vier Raten à 10 Mk., den Ledigen je 5 Mk. nebst 10 Mk. Weihnachtsgeld gewährte. Eins wäre hier aber zur Sprache zu bringen, und zwar die schon zu wiederholten Malen vorgekommenen Uebergriffe seiner Geschäftsführer, denn die Taktik der Herren Lauer, Wedel u. a. wirkt aufreizend und empörend. Im Interesse aller Kollegen des „Generalanzeiger“ würden wir es bedauern, wenn Herr Horjmann es unterlassen würde, diese Herren auch einmal begreiflich zu machen, daß sie weiter nichts als auch „Angestellte“ des Hauses Horjmann seien, und daß das „Herr-im-Hause-Spielen“ sich bei Angestellten nur um so lächerlicher ausnimmt. Die „Volksstimme“ hat ihrem Personale eine freiwillige Gehaltsaufbesserung zuteil werden lassen. Zu wünschen wäre nur, daß auch die anderen großen Firmen, als Dietrich, Voigt & Gleiber, Weißbrod, Adelman u. w., sich infolge der immensen Verteuerung aller Lebensmittel dazu verstehen würden, das Beispiel der „Frankfurter Zeitung“ einigermaßen nachzuahmen. Denn nur derjenige kann im öffentlichen Leben für sich den Namen eines humanen und fortschrittlichen Arbeitgebers in Anspruch nehmen, der nach dem Grundsatz handelt: „Leben und leben lassen!“

Gn. Glogau. Schon seit einiger Zeit zeigte sich hier das Bedürfnis, eine Typographische Vereinigung zu gründen. Zu diesem Zwecke wurde am 20. November im Restaurant „Alte Reichsbank“ eine Versammlung abgehalten, in der man sich schließlich werden sollte. In warmen Worten gab der Vorsitzende des Ortsvereins, Kollege G. Hilsher, bekannt, welche Zwecke und Ziele eine solche Vereinigung verfolgen, und sämtliche Erklärenen erklärten sich zur Gründung einer „Typographischen Vereinigung Glogau“ bereit. Gegenwärtig zählt die Vereinigung 30 Mitglieder. Leider ist sehr zu bedauern, daß viele Kollegen daran kein Interesse zeigen, wo gerade doch in der jetzigen Zeit ein jeder bemüht sein sollte, weiter zu streben. Besonders die jüngeren Kollegen sollten es sich angelegen sein lassen, der Vereinigung beizutreten. Auch ist es erwünscht, daß uns die Brudervereine im Druckjohreinstände mit Rat und Tat gütig unterstützen.

K. Bezirk Köslin. Wenn seit längerer Zeit nichts von hier berichtet wurde, so ist durchaus nicht anzunehmen, daß in Hinterpunkten alles in schöner Ordnung ist. Es hat sich ja gegen früher vieles zu unserm Vorteil geändert, im großen und ganzen herrschen aber in den meisten Orten unsers Bezirks wahrhaft traurige Zustände. In Köslin selbst sind zurzeit 16 Verbandsmitglieder neben einer ebenso großen Zahl Gutenbergbünder beschäftigt; wir zählten schon einmal 24 Mitglieder, aber damit uns nicht so sehr der Kamm schwall, sorgte die „Fürstentümer Zeitung“ (A.-B.) hierfür für die nötige Abhilfe. Den Tarif anerkannt haben hier vier Druckereien, eine fünfte wird sich in der nächsten Zeit ebenfalls zur Anerkennung entschließen. Bei den Firmen Rosenberger & Co., Jacob, Kleinig und Budack stehen nur Verbandsmitglieder. Die „Fürstentümer Zeitung“ beschäftigt acht Verbandsmitglieder und acht Gutenbergbünder, die so nach und nach immer an Stelle von Verbandsmitgliedern eingogen. Dieses Verdienst gebührt in erster Linie dem Faktor und technischen Leiter dieser Druckerei, Herrn Korowski, der ebenfalls Gutenbergbünder ist, also das größte Interesse daran hat, daß seine Werte am meisten vertreten ist. Die größte Zeitungsdruckerei aber hier selbst (C. W. Gendel) hat es bis heute noch nicht für nötig erachtet, den Tarif einzuführen, trotzdem die Zeitung streng liberal ist und auch die Interessen der Arbeiter vertreten will. Es stehen hier auch nur Gutenbergbünder, wir möchten aber diesen Herren raten, doch mal als Bündler zu zeigen, daß sie mitbessern wollen an der tarifrigen Arbeit! Leider läßt sich, da in dieser Druckerei kein Verbandsmitglied steht, nicht viel feststellen, aber die Lehrlingszahl steht noch in bester Blüte; auch fehlt den meisten dieser Kollegen ein anfängliches Einmünden an ihrem tariflichen Minimum. Das Vereinsleben unter uns ist ein reges zu nennen, natürlich fehlt auch der gewisse Vermittlungsstropfen nicht. Vor einiger Zeit wurde die hiesige

Papierfabrik besichtigt und bot diese für uns viel des Interessanten und Neuen. Es nahmen auch die Verbände der Litographen, Steindruck und Buchbinder hieran teil. Der technischen Leitung dieser Fabrik, die sich in zuvorkommender Weise uns gegenüber gezeigt hat, sagen wir nachträglich an dieser Stelle nochmals unsern Dank. Für den Winter sind noch einige Besichtigungen geplant. Am 5. November hatten wir unsern Gewerkschaftler Kirchner unter uns, der in einer Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung unter großem Beifalle über das Thema: „Der Verband der Deutschen Buchdrucker und die Tarifgemeinschaft“, referierte. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Tothofst stellte dieser fest, daß sich diesmal auch anerkanntenswerterweise einige Gutenbergbünder eingefunden hätten. In der Diskussion meldete sich auch u. a. ein Bündler zum Worte und meinte ganz naiv, daß der Bund eigentlich derjenige wäre, der immer zuerst die Initiative zur Tarif-Einführung ergreife; auch hier in der „Fürstentümer Zeitung“ sei es, der den Tarif zur Geltung gebracht habe. Auch müsse er konstatieren, daß der Verband im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimme; im übrigen erkläre er sich mit den Ausführungen des Kollegen Kirchner einverstanden, bespreche auch mit Hand anzulegen für eine weitere Einführung des Tarifes. Kollege Stahnes-Kolberg widersetzte glänzende diese Ausführungen betreffs der Tarif-Einführung in der „Fürstentümer Zeitung“. Auch Kollege Kirchner führte noch einiges zur Verhütung der Bündler aus. Eine im Laufe der Versammlung eingegangene Resolution: „Die heute am 5. November abgehaltene Allgemeine Buchdrucker-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Die Versammlungsteilnehmer erklären, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für strikte Durchführung des Tarifes einzutreten“, fand einstimmige Annahme, auch die Gutenbergbünder stimmten dafür. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende diese interessante und lehrreiche Versammlung. Wenden wir nun unsern Blick nach Stolp, dort ist es in erster Linie die W. Feigeische Druckerei, die sich besonders hervortut in geordneten Arbeitsverhältnissen. Hier ist das eigentlichste Vorbild für Buchdrucker; hier gibt's Löhne von 8,50 Mk. an, steigend bis 20 Mk.; und manchmal noch einige Groschen mehr für jahrelange treue Dienste! Man sollte nicht glauben, daß es verheiratete Kollegen gibt, die mit 9 Mk. Lohn pro Woche auskommen; hier ist eben alles möglich. Ein Kollege, der bei Feige bereits 26 Jahre absolvierte und schon 21 Mt. Wochenlohn einheimste, beachte die Dreifachheit, um Zulage nachzugehen; natürlich wurde er deswegen gehührend bestraft, nämlich entlassen. Verbandsmitglieder stehen in Stolp zehn und wurde vor einiger Zeit im Beisein des Bezirksvorstandes ein Ortsverein gegründet, der hoffentlich auch etwas zur Verbesserung der Stolper Verhältnisse beitragen wird. Nächstdem würde Lauenburg kommen. Hier riecht es, wie auch in Stolp, ganz verächtlich nach Lehrlingszucht. Es ist die Badengothische Druckerei (Kreis- und Lokalblatt), wo neben vier bis fünf Gesellen — drei Sezerinnen und sieben Lehrlinge die edle Kunst unsers Altmeisters Gutenberg ausüben. Tariflich ist hier absolut gar nichts, die Gesellen erhalten 16 Mk., in selten Fällen auch etwas mehr. Die Fräulein Kollegen aber können stolz von fürstlicher Entlohnung sprechen; erhalten sie doch 25 bis 35 Mk. auf 30 Tage (was ja wohl ein ganzer Monat sein soll). Sie fühlen sich anstehend ganz wohl dabei. Die sieben Lehrlinge jedoch sind die eigentlichen Stützen des Geschäfts; sind sie es doch, die unter Umständen das zweite Dienstwädchen ersetzen müssen. Wer sollte sonst wohl Straße fegen, wer Kutscher u. w. spielen, wenn sie nicht da wären? Haben sie nun ihre Lehrzeit absolviert, so ergreifen sie eben das Handwerk, welches sie am besten in ihrer Lehrzeit gelernt haben (ausgeschlossen also unire Kunst). Es ist wirklich nicht zu glauben, in welcher leichtsinniger Weise hier an den Lehrlingen gehandelt wird. Natürlich liegt es immer an der Leitung und die scheint in dieser Druckerei in den rechten Händen zu sein. Der Name wird manchem Kollegen wohl noch in guter Erinnerung sein, denn der Herr Redakteur Strube war auch einstens Verbandsmitglied. Heute ist er eben der Allgewaltige dieses Kunsttempels. In Kolberg stehen 15 Verbandsmitglieder und wäre von hier weniger Schlimmes zu berichten, nur daß bis dato sich nur eine Druckerei entschlossen hat, den Tarif schriftlich anzuerkennen; es wird aber deswegen in der nächsten Zeit ein Vorstoß gemacht werden. Aus den übrigen Druckereien ist nicht viel zu berichten, es stehen überall einige Mitglieder und auch einigermaßen tariflich, nur hapert es immer wieder mit der schriftlichen Tarifanerkennung. Den Kollegen aber, die uns noch fernstehen, rufen wir zum Schluß zu, sich endlich auf sich selbst zu besinnen und mitzuhelfen an der tariflichen Arbeit. Dieses können sie nur dann am besten, wenn sie sich uns anschließen.

Köfen. Unsere letzte Monatsversammlung hatte wieder mehrere Aufnahmen zu verzeichnen. Unter Vereinskassentungen machte der Vorsitzende die Mitglieder auf ihre Pflichten bei Konditionsangeboten aufmerksam und gab entsprechende Winke zur Erfüllung derselben. Zur Feier des Stiftungsfestes wurde beschlossen, dasselbe mit einem Familienabend zu feiern unter möglichster Sparsamkeit der Ausgaben. Es wurde ferner endgültiger Beschluß gefaßt über die Frage des Familienrates für die Mitglieder. Die Kosten hierfür werden bis jetzt aus der Ortskasse bestritten. Es macht sich jedoch jetzt eine bedeutende Erhöhung des Honorars nötig, da die Mitgliederzahl in den

letzten zehn Jahren sich verdoppelt hat. Da die Ortskasse diesen erhöhten Anforderungen nicht nachkommen kann, so wurde beschlossen, dieses Verhältnis für den Ortsverein aufzuheben und den verheirateten Mitgliedern es zu überlassen, sich einen Arzt zu verpflichten. Falls sie dies ermöglichen sollten, werde ihnen ein Zuschuß aus der Ortskasse zu den Kosten in Aussicht gestellt. Unter Verschiedenem wurde angeregt, bei der Prinzipalität um eine Teuerungszulage vorstellig zu werden, was in Anbetracht des niedrigen Lokalaufschlages in Köfen ganz besonders gerechtfertigt ist. Der Vorsitzende empfahl, in Anbetracht der eigenartigen Verhältnisse Köfens, drunderweise vorstellig zu werden; dies sei bereits auf seine Veranlassung vor einigen Wochen im Bezirke geschehen und seien auch einige Erfolge zu verzeichnen. Nach längerer Debatte wurde der Vorsitzende ersucht, bei der Prinzipalität im Namen der Gesellenschaft vorstellig zu werden. Der Arbeitskassendirektor teilte mit, daß der Arbeitsnachweis in letzter Zeit wieder von mehreren Firmen nicht berücksichtigt worden ist, trotzdem es sich nicht um Spezialkräfte gehandelt hat. Man habe nicht einmal die Garantie, daß alle eingestellten Gesellen auch aus tarifreuen Geschäften gekommen seien. Auch dieser Punkt wurde lebhaft besprochen. Unter anderem wurde den Konditionslofen empfohlen, gegen die betreffenden Firmen Klagen zu werden.

Saarbrücken-St. Johann. Der Gesangsverein „Gutenbergs“ hielt am 18. November bei zahlreicher Beteiligung, auch auswärtiger Kollegen, sein zehntes Stiftungsfest ab. Der Vorsitzende Groß hielt im Laufe des Abends eine Ansprache, in der er die Tätigkeit des Vereins im Dienste der Kollegenchaft und des Verbandes hervorhob und zu treuem Zusammenhalt auch in der Zukunft aufforderte. Er gab Johann Begrüßungsschreiben bekannt, welche seitens des Bezirksvereins usw. eingelaufen waren. Kollege Seiwert-Rudwigshagen stiftete als Ehrenmitglied und Mitbegründer des Vereins einen prachtvollen Tafelstod mit Widmung, wofür ihm an dieser Stelle nochmals der Dank abgeflattet sei. Der etwa 30 Mann starke Chor des Vereins brachte im Laufe der Unterhaltung einige Männerchöre zum Vortrage, die gut an sprachen und lebhaften Beifall fanden. Wäre die Sängerschar in ihrem der Allgemeinheit dienenden Wirken fortfahren und treu zur Fahne halten. Das Stiftungsfest nahm einen ungehörten Verlauf. Am 19. November nachmittags vereinigten sich die Kollegen zu einer Nachfeier im Vereinslokale. Unsere liebenwürdige Vereinswirtin hatte dazu eine Flasche (erstickt nicht, lieber Leser!) Sekt gestiftet, um auch einmal einem Buchdruckerpaarmen süßen zu lassen, wie Sekt schmeckt. Zum Schluß die Bitte an die dem Vereine noch fernstehenden Kollegen, den Verein durch ihren Beitritt aktiv oder inaktiv zu unterstützen.

Stuttgart. (Maschinenmeisterverein.) Am 18. November fand die mächtig besuchte achte Ordentliche Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab seiner Befriedigung Ausdruck über den wirklich schönen Verlauf unsers Stiftungsfestes. Es sei auch an dieser Stelle dem Klopffolz-Singchor für die schönen Vorträge, dem Stuttgarter Konzertvorkläger sowie unsern Kollegen und Konzertfänger Otto Stäger der warmste Dank für die freundliche Unterstützung ausgesprochen. Durch das äußerst gefällige Entgegenkommen der neuerrichteten chemographischen Kaufmannschaft von Gustav Dreher, wurde am 15. und 22. Oktober über 100 Kollegen die moderne Reproduktionstechnik praktisch vorgeführt und dabei jede gestellte Frage in zuvorkommender Weise beantwortet. Hier ist besonders hervorzuheben, daß Herr Dreher, ein Mann, welcher von der Piste auf gedient und jetzt Besitzer einer der leistungsfähigsten Anstalten Stuttgarts ist, erklärte, daß er diesen Fortschritt besonders auch dem guten Stamme seiner Arbeiter zu danken habe. Daß in einem solchen Betriebe unsere berufsverwandten Kollegen mit Lust und Liebe arbeiten, steht wohl außer Zweifel. Somit sprechen wir der Firma für die lehrreichen Demonstrationen unsern aufrichtigen Dank aus. Ferner wurde auf die Fragebogen der Zentralkommission, welche Ende November zur Verteilung gelangten, aufmerksam gemacht und gebeten, diese auch gewissenhaft auszufüllen. Die erste Kommissionsprüfung zur Beratung der Urträge zum Kongresse fand am 15. November statt. Hierauf erstattete der Vorsitzende einen ausführlichen Tätigkeitsbericht, aus dem hervorzuhelien ist, daß u. a. ein Fachkurs für Zentralkassenschnitt und eine Ausstellung von Johannisfestdruckachen veranstaltet wurden. Trotz aller Erfolge und der gewiß eifrigen Tätigkeit des Ausschusses läßt der Versammlungsbesuch sehr zu wünschen übrig. Von 314 Mitgliedern besuchten im Durchschnitt nur 70 die Versammlungen. Die Konditionslofen haben zugenommen; es kommen auf je Sezer ein Drucker, im Vorjahre auf dreieinhalb Sezer ein Drucker; im ganzen waren 648 Mitglieder konditionslos. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit dem Bemerkten, daß diese Ziffern zu denken geben und forderte auf, im kommenden Jahre recht eifrig für unsre Sache einzutreten und auch regelmäßig die Verbandsversammlungen zu besuchen. Zum Nachschlußbericht gab Kollege Hültinger über einige Gegenstände Aufschluß. Die Neuzugänge erklärten die Kasse und Bücher in bester Ordnung, worauf dem Kassierer Bedache erteilt wurde. Die vom Ausschusse gestellten Anträge wurden angenommen, sie betreffen die Aufhebung der Todesanzeigen im „Corr.“ und die Bewilligung von 60 Mk. für spezielle Agitationszwecke im Gau. Bei Neuwahl des Ausschusses wurde der Gesamtschuß einstimmig wiedergewählt, und zwar Karl Haug als erster Vorsitzender und Heinrich Eplinger als Kassierer. Nach-

dem noch ein Redner die Lässigkeit der jüngeren Mitglieder in der Union und Verlagsanstalt gerügt, richtete der Vorsitzende die dringende Bitte an die Anwesenden, den Ausschuß recht tatkräftig zu unterstützen.

Wanne. Die Rede von dem Kollegen A. H. — Stuttgart in dem Artikel „Lebensmittelwucher“ (Nr. 135, Ende des zweiten Abjages): „Dannals, lieber Kollege Schneider, wäre der richtige Zeitpunkt gewesen zum Alarm schlagen!“ kann auf meine Person keine Anwendung finden. Ich habe erwiesenermaßen während des Zolltarifkampfes in Wort und Schrift gegen den Zolltarif opponiert bzw. „Alarm geblasen“. Dies ist schon vor drei Jahren in unserm Verbandsorgan verschiedentlich festgelegt worden und weiter in meinem Artikel in Nr. 128 zur Genüge belegt (siehe sechster Abjag). Ich verteidige eben politisch wie gewerkschaftlich dasjenige, was mir für den Arbeiter gut dünkt, und bekämpfe, was ihm Schaden bringen kann. Heiner Schneider.

Rundschau.

Tarifverneuerung in Oesterreich! Mit Benützung werden unsere deutschen Kollegen vernehmen, daß es im letzten Augenblicke doch noch gelungen ist, die österreichischen Tarifverhandlungen zu einem geordneten Abschlusse zu bringen. Seit beinahe Jahresfrist standen beide Teile einander gerüstet gegenüber und in endlosen Verhandlungen suchten die Gehilfenvertreter die Prinzipale zur Annahme der Gehilfenforderungen zu bewegen. Vergeblich, eigenfönnig verschloffen sich die Prinzipale allem Entgegenkommen der Gehilfen und zweimal mußten die Tarifverhandlungen resultatlos abgebrochen werden. Das letzte Mal, vor wenigen Tagen, schien der Bruch endgültig besiegelt zu sein und in zahlreichen Druckereien Oesterreichs war mit dem passiven Widerstande der Gehilfen bereits der Kampf so gut wie eröffnet. Da gelang es dem österreichischen Handelsministerium trotz dieser Situation, die beiden Parteien noch einmal zu Verhandlungen zu bewegen, die denn auch in zwei Tagen ein Resultat zeitigten, um das man sich bisher vergeblich monatelang bemüht hatte. Wie uns joesen (Sonabend vormittag) durch Telegramm mitgeteilt wird, ist eine Einigung über das Minimum und den Tausendpreis erzielt, die effektive Arbeitszeit auf 8 $\frac{1}{2}$ Stunden festgesetzt und außerdem sind die Vertrauensmänner der Gehilfen anerkannt. Die näheren Positionen sind uns nicht mitgeteilt; jedenfalls dürften sie aber — unter Nachgeben von beiden Seiten — der Ausdruck dessen sein, was nach Lage der Dinge für die Gehilfen erreicht werden konnte. Damit ist der wirtschaftliche Krieg im österreichischen Buchdruckgewerbe glücklich vermieden worden und man darf wohl beiden Teilen dazu gratulieren, daß sie es in kritischer Stunde verstanden haben, das Für und Wider abzuwägen und den Friedenszustand — dessen Wert nicht nach Kronen und Scklern zu bemessen ist — aufrecht zu erhalten. Schwere Erschütterungen sind damit auch dem Buchdruckgewerbe Oesterreichs ferngehalten, von denen namentlich Deutschland kaum unberührt geblieben wäre. Uneingeschränktes, aufrichtiges Lob muß aber der österreichischen Gehilfenleitung gezollt werden, die es verstanden hat, die langen Monate hindurch den Massen jene Disziplin einzuimpfen, ohne welche die Taktik der Gehilfenleitung nicht zum Siege hätte geführt werden können. Die Gehilfen aber zeichnen ihr Vertrauen aus, das sie zu ihrer Leitung hatten — und in dieser Uebereinstimmung, in diesem Kontakt, in dieser unerlöschlichen Einmütigkeit wurzeln für die österreichischen Gehilfen die Erfolge ihrer Tarifbewegung. Mögen die deutschen Kollegen daraus eine Lehre ziehen für das Jahr 1906!

Ein Preßprozeß Mäser kontra Morgenstern endete vor dem Schöffengerichte in Leipzig mit einem Vergleich, dem zufolge Morgenstern in seinen Zeitschriften „Presse, Buch, Papier“ und „Deutscher Buch- und Stein-drucker“ Mäser betriebende Erklärungen abgeben und außerdem eine Buße von 50 Mark für einen gemeinsamen Zweck zahlen wird. Die unter Anklage gestandenen Artikel beschäftigten sich mit dem unsren Lesern bekannten Konflikt Mäser mit dem ehemaligen Leiter der Leipziger Buchdruckerlehnanstalt, Dr. Francker. Daß Mäser auch die Drucker der Morgensternschen Fachzeitschriften mit in den Prozeß einbezog, müssen wir als einen ganz ungewöhnlichen Vorgang bezeichnen, für den uns und jedenfalls noch vielen anderen Leuten das Verständnis fehlt.

Ein interessanter Ausstellungsprozeß, der in unserm Gewerbe spielt, wurde vor dem Schöffengerichte in Zweibrücken zum Austrage gebracht. Angeklagt waren die verantwortlichen Redakteure der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ in Berlin, der „Westfälischer Volkszeitung“ in St. Ingebert, der „Zweibrücker Volkszeitung“ und der „Pfälzischen Post“ in Ludwigshafen. Es war also ein Preßprozeß en masse. Kläger war der Buch-

druckermeister Hermann Reitel in Zweibrücken, dessen Druckerzeugnisse auf der Gewerbe- und Industrieausstellung in Kaiserslautern mit der silbernen Medaille prämiert wurden. Es erschienen nun in den genannten Blättern Kommentierungen hierzu, die besagten, Reitel habe zu seinen ausgestellten Arbeiten von auswärts bezogene Vorbrüche verwendet. Das traf jedoch nicht zu. Die angegriffene Firma hatte wohl zu einem großen Teile Lichtbrüche aus einem von ihr hergestellten Werke ausgeführt, diese Lichtbrüche jedoch, welche die Hauptanziehungskraft der Reitelischen Ausstellung waren, rührten aber nicht von der prämierten Firma her, sondern waren in einer Lichtdruckanstalt angefertigt. Das Urteil lautete gegen die drei Redakteure der Tageszeitungen auf 20 Mk. Geldstrafe, weil sie als allgemeine Zeitungen keine berechtigten Interessen wahrzunehmen gehabt haben; der Redakteur der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ wurde aber, weil er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, freigesprochen.

Eine internationale Zeitungsausstellung wollen die Buchdrucker Salzburgs im kommenden Jahre veranstalten. An die Kollegenschaft richten die Salzburger die Bitte, ihr Unternehmen durch Zusendung von Zeitungen jeder Art an die Adresse von Hans Reindl (Druckerei des Tagesblattes) zu unterstützen.

Ein Arbeitersekretär wird nach Breslau gesucht. Reflektiert wird nur auf eine erste Kraft und bevorzugt werden solche Bewerber, die schon einmal auf einem solchen Posten tätig waren. Meldungen, die mit Angabe der Gehaltsansprüche versehen sein müssen, sind bis zum 10. Dezember an Richard Peterhansel, Breslau IX, Brigittenstraße Nr. 16, zu richten.

Die Eröffnung des Deutschen Reichstages findet am 28. November, also am heutigen Tage statt. Am 17. Dezember werden die Weihnachtsferien beginnen und am 10. Januar die parlamentarische Tätigkeit für das kommende Jahr wieder aufgenommen werden. Wir geben Mehrgangsaussagenweise recht, wenn er noch am 6. September d. J. in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb, daß mit dem Stimmzettel die kapitalistische Welt nicht erobert werden könne. Unsere Meinung ist nämlich, daß die Gewerkschaftsbewegung trotz aller ihr angedichteten Hürden der hauptsächlichste Faktor in dem Kampfe um eine vernunftgemähere Wirtschaftsform darstellt. Mehrgang und sein Organ haben freilich nach Jena eine merkwürdige Schwelung vollzogen; sie, die vorher fast die antiparlamentarischen Regereien eines Dr. Friedberg geistert haben, trotzen nun wieder den großen Wert des Parlamentarismus und der Notwendigkeit der parlamentarischen Vertretung mit vollen Waden hinaus, die Gewerkschaftsbewegung aber ist ihnen — wie immer — heftig. Wir halten jedoch nach wie vor an der Meinung fest, daß die parlamentarische Aktion der Arbeiterkraft von großem Nutzen sein kann, denn sie soll die Erregenschaften des gewerkschaftlichen Kampfes festigen und binden. Direkte Erfolge werden die Gewerkschaften selten von dem Parlamentarismus zu erwarten haben, und tritt einmal ein solcher Fall ein, dann ist er erstens auch danach, oder die Gewerkschaften haben in irgend einer Weise doch den Anstoß dazu gegeben. Das Schicksal der neuen Berggesetznovelle in Preußen spricht ja Wände. Hat die Arbeiterkraft also ein ganz beträchtliches Interesse an der parlamentarischen Aktion, so ist die Forderung einer Vertretung ihrerseits in den Parlamenten ohne weiteres berechtigt. Weder der Deutsche Reichstag noch die Einzel-Landtage werden deshalb von der Arbeiterkraft als „ein notwendiges Uebel“ angesehen, wie unlängst einmal der Reichstag durch die „Kreuzzeitung“ eingeschätzt wurde, die sich allerdings am wenigsten über ein Zukunftskommen der von ihr vertretenen agrarischen Interessen bescheren kann. Freilich ist die Aussicht gering, daß die deutschen Arbeiter mit der neuen Reichstagsession zufriedener werden sein können als mit der verflohenen, deren sozialpolitische Tätigkeit eine ganz bescheidene war. Die Steuerleute uners Reichstages haben andere, größere Schmerzen, als da sind: Reichsfinanzballes und Ffottenvorlage. Eigentlich schließen diese beiden Dinge ja einander aus, aber bei uns genieren gar keine Unmöglichkeit. Da wird unclandolisch erklärt, daß das Reich jährlich eine Viertel-milliarde mehr Einnahmen haben müsse, weil es an allen Ecken und Enden gebricht. Und in demselben Augenblicke erscheint eine neue Ffottenvorlage mit dem Kopfenpunkte von je 70 Mill. Mark für zwölf Jahre auf der Bildfläche! Ja, ja, Reichsfinanzreform und ulerlose Ffottenpläne mit im Hintergrunde lauenden respektablen Heerforderungen und einer ins Beispiellose gehenden Vertenerung aller Lebens-mittel sowie der enormen Schädigungen von Handel und Industrie durch die neuen Mißhandelsverträge — es ist eine fürchterliche Satire auf alle Wirtschaftspolitik. Und wie weit soll wieder hineingegriffen werden ins Volk, um 230 Millionen Mark durch neue Steuern aufzubringen? (20 bis 25 Millionen dürften jährlich von den neuen Zöllen erübrigt werden.) Da sollen 60 Millionen durch eine Biersteuer, 40 Millionen durch eine anderweitige Besteuerung der Tabakfabrikation (welche natürlich auch die beteiligte Arbeiterkraft sehr hart treffen würde), 41 Millionen durch eine neue Stempelsteuer (besonders bei Fruchturkunden), 16 Mill. durch eine Ausleihungssteuer für den geschäftlichen Verkehr von über 20 Mill., 12 Mill. durch eine Fahrkartensteuer (im Zeichen des Verkehres!!!), aber nur 40 bis 0 Mill. Mark durch eine Reichsstaatssteuer aufgebracht werden. Da, wo es gilt, einen kräftigen Griff zu tun, ist man sehr rücksichtsvoll, gerade wie bei der Automobilsteuern, aus der wohl auch mehr als 3 $\frac{1}{2}$ Mil-

lionen Mark herauszuholen wären. Von einer progressiven Einkommensteuer ist natürlich nichts zu merken. Doch wir wollen uns nicht in den Irrgärten der sogenannten Reichsfinanzreform verlieren. Wir verlangen zunächst einmal eine Aktion gegen die Fleischvertenerung durch Festlegung aller Grenzen, den gesetzlichen Beschränkungen für Industrie und Landwirtschaft, wirklich freies Koalitionsrecht für alle in Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft beschäftigten Personen, Aufhebung bzw. Uänderung des § 153 der Gewerbeordnung in der Richtung, daß irgendwelche Schmälerungen des Koalitionsrechtes seitens des Arbeitgebers strafbar sind. Ferner fordern wir ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften ohne die Fufhängeln der Regreßpflicht, den Ercheinungs- und Verhandlungszwang vor den Einigungsämtern sowie die Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge für alle Angehörigen des betreffenden Gewerbes wie auch die Rechtsgültigkeit der von den Einigungsämtern bzw. Tarifschiedsgerichten getroffenen Entschiede. Selbstredend ist unser Wunschzettel noch um viele Nummern reicher. Was und welche Volkswert eter werden aber für diese zum Teile sehr alten Ladenhüter etwas tun?

Die Vertretung der Sozialdemokratie in den deutschen Parlamenten ist gegenwärtig folgende: Nach Schipps Mandatsniederlegung verbleiben ihr für den Reichstag 77 Sitze. In den Einzelstaaten hat sie in 19 Eingang gefunden; in den Landtagen von Preußen, Braunschweig, Mecklenburg, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Schaumburg-Lippe jedoch noch nicht. Im ganzen verfügt die sozialdemokratische Partei in den bundesstaatlichen Landesvertretungen über 117 Sitze, die sich wie folgt verteilen: Bremen 19, Hamburg 13, Bayern und Baden je 12, Schwarzburg-Rudolstadt 8, Württemberg, Hessen, Sachsen-Meiningen je 7, Sachsen-Roburg-Gotha 6, Neuß j. L. 5, Oldenburg und Lübeck je 4, Sachsen-Meiningen und Lippe je 3, Sachsen-Weimar und Anhalt je 2, Sachsen, Elbich-Lotbringen und Neuß j. L. je 1. Im ganzen werden die 27 deutschen Parlamente also 194 sozialdemokratische Abgeordnete aufweisen. Lassen wir den Reichstag außer Betracht und ziehen nur einen Vergleich zur Vertretung der bürgerlichen Parteien in den sechs größten Bundesstaaten Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen, so ergibt sich, daß hier 39 Sozialdemokraten sich 834 bürgerlichen Vertretern gegenüber befinden. Da der Freisinn und die Demokraten auch nur über 78 Sitze in diesen sechs Ländern verfügen, erscheint die Herrschaft der Rechten (einschließlich Zentrum und Nationalliberalen) leider noch auf lange gesichert.

Auch in Oesterreich wird heute das Parlament seine Arbeiten wieder aufnehmen und wieder wird aus diesem Anlasse eine Demonstration der Wiener Arbeiterkraft vor dem Gebäude des Reichsrates zugunsten des allgemeinen Wahlrechtes stattfinden. Die Arbeit soll am ganzen Tage ruhen; nur die Buchdrucker sollen am Nachmittage arbeiten, um die Lesentlichkeit über den Ausfall der Demonstration sofort unterrichten zu können.

Gegen die Einführung der Lohnklausel in öffentlichen Lieferungsverträgen macht der Zentralverband deutscher Industrieller in einem Rundschreiben mobil, das mit den vielsagenden Worten schließt: „Wir geitatten uns endlich darauf hinzuweisen, daß die Einführung dieser Klausel eine alte gewerkschaftliche Forderung ist.“ Man sieht daran, wie einfach eigentlich die Schachmachersmethode arbeitet. Ein Hinweis auf die Stellung der Gewerkschaften zu einer bestimmten Frage, und die Befolgung des Herrn Bued rennt Sturm auch gegen den kleinsten sozialpolitischen Akt.

Die Zulassung zum Amte eines ~~...~~ oder Geschworenen ist auch in Baden Gegenstand einer ministeriellen Verfügung geworden. Die in Betracht kommenden Behörden sind angewiesen, geeignete Personen aller Berufsstände und Stände zu dieser richterlichen Tätigkeit heranzuziehen.

Seit wir uns zum letzten Male mit den Folgen der Fleischnot und der gegen den Fleischwucher sich steigenden Entrüftung im Volke beschäftigten, hat sich das Anlagematerial gegen die Reichs- und die Einzel-regierungen dermaßen gehäuft, daß es die höchste Zeit ist zum Zusammenritte des Gerichtshofes, denn nur noch von dieser Stelle, nämlich dem am heutigen Tage seine Arbeiten aufnehmenden Reichstage, ist Hilfe zu erwarten. Zwar hat sich der Reichskanzler auf die Ansicht festgesetzt, daß nur die Landesregierungen kompetent wären für Uebernahmungen gegen die Fleischvertenerung, aber unser Agrarierklubon wird sich von den Reichsboten schon überzeugen lassen müssen, daß für die Frage der Defnung der Grenzen ausschließlich der Bundesrat zuständig ist. Im Reichstage wird er um so weniger mit den seither beliebten Ausflüchten der Nichtkompetenz Glück haben, als der württembergische Minister des Innern es klipp und klar öffentlich ausgesprochen hat, daß nur von Berlin aus etwas geschehen kann. Mit dem Bilkowschen Bestreben wird es also bald sein Ende haben. Wenn man allerdings vergleicht, in welcher Weise der sich dieser Tage vollzogene Empfang des Vorstandes des deutschen Landwirtschaftsrates durch den Reichskanzler abgepielt hat, und wie die Delegation der deutschen Stadtvertretungen unlängst von ihm verabschiedet wurde, dann muß man sich schon mit dem Gebanten vertraut machen, daß es auch im Reichstage noch harte Kämpfe mit Bilkow folgen wird, wenn etwas erzielt werden soll. Als eine seiner Fortsetzung in der Beilage.

Fortschritt aus dem Hauptblatte.

wichtigsten Aufgaben habe er es betrachtet, für das Wohlergehen der Landwirtschaft und im besonderen der Viehzucht zu sorgen, beichtete Hilow den hochgeborenen Abgeordneten des Landwirtschaftsrates, die ihm natürlich ihren Dank zu Füßen legten für die Entschiedenheit, mit der der Reichstanzler der „Agitation für die Abschaffung des veterinären Schutzes“ entgegengetreten ist. Hilow, der nicht wie Caprioli der Mann ohne Nr. und Palm ist, unter Umständen auch den Beweis führt, daß er über einen starken und breiten Holsleiner Rücken verfügt, wird also auf die Erhaltung der Liebe seiner agrarischen Freunde auch im Reichstage sehr bedacht sein, denn agrarisch und Zentrum ist ja nun einmal Krumpf in deutschen Landen! Um es nicht ganz und gar zu verderben mit dem (weitaus größern) Teile der Bevölkerung, der doch auch noch da ist, hat der Bundesrat zwar angeordnet, daß das russische Schweinekontingent für Oberschlesien — bisher 1370 Stück wöchentlich — nach und nach um je 300 Stück erhöht wird, bis das Maximum von 2500 Stück erreicht ist. Es ist klar, daß dieser Maßnahme keine praktische Bedeutung innewohnt, irgendwelcher Einfluß auf die Preisgestaltung ist einfach ausgeschlossen. Aber im Prinzip bedeutet dieser Schritt ein Zugeländnis der Schwäche der Regierung. Die agrarischen Blätter, voran die „Deutsche Tageszeitung“, rühmen denn auch nicht schlecht über dieses, daß so winzige Zurückweichen der Reichsregierung vor dem „unseligen Fleischnottrammel“. Praktisch bedeutungslos, im Prinzip aber sehr wichtig ist ferner die von der sächsischen Regierung gestattete Einfuhr von Minderen nach dem Schlachthof zu Annaberg über die Einbruchsstelle Weipert am Freitage jeder Woche. Wenn man also nur wollte, wäre die allgemeine Öffnung der Grenzen für alles Vieh und an allen Tagen sehr wohl möglich, die notwendigen Schutzmaßnahmen brauchten gar nicht dabei zu leiden. Aber das ist ja eben, daß man nicht will, nicht will den agrarischen Schnapphähnen zuliebe, deren Vorfahren einst auf den Landstrassen den Kaufmann ausplünderten, während die Epigonen jetzt das Volk zwar nicht durch direkten Straßenraub, aber durch die noch schlimmere Form der staatlichen Legalisierung das deutsche Volk auspowern dürfen. Raubzeug bleibt eben Raubzeug. Für gewöhnlich besteht aber das Recht, sich desselben durch Unschädlichmachung zu erwehren, aber in diesem Falle breitet die Staatsmacht gar ihre Hände über diese „Unschuld vom Lande“. Daß die edlen Agrarier außer ihrer weltbekannten Unverschämtheit auch noch ein gehöriges Maß von Nymismus besitzen, haben sie bewiesen durch das Schreiben an die 430 Schlachthausverwaltungen in Preußen, laut welchem sie (die Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern) Organisationen schaffen wollen, die lebendes Material oder ausgeschlachtetes Fleisch in Tierhöfen an die städtischen Schlachthausverwaltungen abgeben wollen, um „auf diese Weise zur Herbeiführung eines besseren und billigeren Betriebes mit den Fleischkonsumumenten das unsrige beizutragen“. Boddiecki hat sich schon den oberösterreichischen Städten gegenüber mit einer ähnlichen agrarischen Organisation, der Zentraleinkaufsstelle für Viehverarbeitung, bis auf die Knochen blamiert, denn besagte Einkaufsstelle konnte ihre Versprechungen in keiner Weise einlösen. Sod gefährt sich übrigens weiter in der Rolle des edlen Dulders auf dem Ministerpfeffer; die „schmerzlichen Angriffe“ bestimmen ihn nämlich, nun gerade nicht aus seinem Amte zu scheiden. Dann und wann überläßt er die Welt wieder mit „Neuigkeiten“, so auch mit der zweifelhaftesten Mitteilung, daß seine Umfrage über die Fleischwertenerung vor einem Vierteljahre nicht abgeklungen werden könne. Nach den erstmaligen Versicherungen des preussischen Landwirtschaftsministers mißte aber die Fleischsteuerung schon längst wieder normalen Verhältnissen gewichen sein! Na, bei dem unwürdigen Sod kommt es ja auf ein paar Dutzend Kapitalstücken mehr oder weniger nicht an. Er schaltet jetzt übrigens schon mehr aus in dieser Frage, der schmerzreiche Sod. Die Angriffe hageln nun gegen Hilow selbst. Was der Gesamtvorstand des deutschen Fleischerverbandes dieser Tage in einer öffentlichen Erklärung den Vertretern der deutschen Landwirtschaft sagte, übergehen wir, es hat dies nämlich den Grundstoff, daß die ganze Haltung und alles Getue der Agrarier in dieser Frage eitel Schwindel sei. Aber dem Reichstanzler und der Mehrzahl der Bundesregierungen wird auch gehörig der Zert gelesen: „Niemand ist die Mehrzahl der deutschen Bundesregierungen einem tatsächlichen Notstande mit einer solchen Nichtachtung entgegengetreten, hat so wenig Verständnis dafür bewiesen und die Stimme des Volkes so ignoriert wie bei der gegenwärtigen Vieh- und Fleischsteuerung“. Wohl haben wieder einige Landtage der Einzelstaaten zur Frage der Fleischnot Stellung genommen, aber leider sind es bisher nur kleine Bundesstaaten, die in dieser Beziehung einen vernünftigen Standpunkt eingenommen haben; die Parlamente der größeren haben verjagt. Der preussische Landtag soll allerdings erst noch angerufen werden, aber das Resultat von diesem Dreiklassenparlament wird wahrscheinlich nicht den

Agrariern wehe tun. Außer den schon früher genannten haben also noch Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung verlangt bei dem Bundesrate: die Landtage von Sachsen-Meinungen, Sachsen-Koburg und der Bezirkstag für Unterelsaß. Die elsäß-lothringische Regierung hatte überdies schon die Absicht, beim Reichstanzler die Einfuhr von 50000 Schweinen jährlich aus Frankreich zu beantragen. Andere Körperschaften haben ebenfalls noch ihre Stimme erhoben und von der Regierung Absätze gefordert, so der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Buzlau (welche Hilow vorredneten, daß seine Meinung, der Zwischenhandel trage die Schuld an der Fleischnot, eine total irrige sei), ferner die Handelskammern von Berlin und Hirschberg i. Schl., ja selbst das Direktorium des Zentralverbandes Deutscher Industrieller hat Linderungsmaßnahmen verlangt. Da muß es also schon weit gekommen sein, wenn die Bued und Konsorten um eine Abnahme der Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter bangen! Daß es auch in der Tat schon sehr weit gekommen ist, erhellt aus einer ganzen Reihe von Vorgängen, von denen hier nur einige Erwähnung finden sollen. In den Vorfuß- und Lohnlagen im Rautowitzer Industriekreise gehen viele Tausende von Frauen und Mädchen über die Grenze bei Myslowitz, um in der russischen Stadt Modzejew billiges Fleisch und Mehl einzukaufen. In den Hamburger städtischen Krankenhäusern hat sich bereits eine Mehrausgabe von 20000 Mk. infolge der Fleischverteuerung nötig gemacht. Der Karlsruher Stadtrat hat festgestellt, daß der Fleischverbrauch um 8,5 Proz. gegen den normalen Konsum zurückgegangen ist und daß die Stadt Karlsruhe mit ihren 106000 Einwohnern trotzdem nahezu eine Million Mark in diesem Jahre mehr für Fleisch verausgaben muß. Einzelne Großstädte versuchen auf eigne Faust den Notstand etwas zu mildern. So läßt der Leipziger Rat jetzt die Einführung von geschlachteten Karkassen und von geschlachtetem holländischen Vieh auf den Schlachthof zu. Berlin sowohl als Magdeburg wollen auf ihren Rieselgütern eine Schweine- bzw. eine Schaf- und Schweinezucht anlegen. Leider verlagert aber ein andres Hilfsmittel, nämlich die Steigerung des Fischkonsums. Im Oeseelmünder Großhandel sind die Schellfische um 6 Mk., Kabeljau um 9 Mk., die Seegungen um 10 Mk. pro Zentner gestiegen. Der Detailpreis schwankt also zwischen 35 bis 40 Pf. pro Pfund, wenn er inzwischen nicht noch weiter gestiegen ist. Daß bei solchem Notstande der Konsum an Pferdefleisch und dem von anderen Getier sich stark aufwärts bewegt, läßt sich denken, aber auch die Preise für solche „Leckerbissen“ schnellen in die Höhe. Aus Essen wird z. B. berichtet, daß das Pferdefleisch jetzt doppelt so teuer ist als vor zwei Jahren. In Gernitz ist nicht nur das Pferdefleisch erheblich teurer geworden, sondern auch das von — Hunden und Katzen. In einer belagerten Festung kann es also auch nicht viel schlimmer vergehen. Es könnte schließlich eingewendet werden, daß das Ausnahmen sind, nicht aber ein Spiegelbild der allgemeinen Verhältnisse gibt. Nun dieses bekommen wir durch die amtliche Statistik über die deutsche Schlachtvieh- und Fleischbeschau für das dritte Vierteljahr. Und aus derselben ergibt sich, daß der Minderverbrauch an Fleisch in diesem Zeitraum 24591 Millionen Kilogramm gegen das dritte Quartal in 1904 betragen hat. Auf den Kopf der Bevölkerung ausgerechnet fiel der Fleischkonsum von 9,96 auf 9,55 Kilogramm. Das dürfte genug besagen. Der Reichstag hat jetzt die bestige Pflicht, das Seine zu tun, wenn er sich nicht mitschuldig machen will an der Degenerierung des deutschen Volkes; von anderen Gefahren, die im Hintergrunde schlummern, ganz zu schweigen. Mögen darum die Erwählten des deutschen Volkes eingedenk sein, daß sie vor ihrer Wahl des ganzen Volkes Wohlfahrt zu schützen und zu wahren sich verpflichtet. Mögen sie auch bedenken, daß das Elend des Volkes immer die Sünde der Regierung ist!

Briefkasten.

Nach Kiel: Besten Dank für Zusendung der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“. Darauf etwas zu erwidern, fällt mir nicht ein; denn wenn sich die betreffenden Genossen nicht von Zeit zu Zeit gründlich über den Regierender ausschimpfen können, leidet ihre Verbanung darunter. N. — A. K. in Hildesheim: Den hunds-gemeinen Verdrehungen und Verdächtigungen im „Volks-willen“ gegenüber habe ich nur das Schweigen der Ver-achtung. R. — G. K. in Düsseldorf: Wir wollen Ihre Einwendung nicht öffentlich verwenden, da wir mit be-treffender Firma direkt in Verbindung getreten sind. In dieser Beziehung hat Ihre Zeitschrift zum Teile schon Ver-wendung gefunden. — G. C. in Gernitz: Sie wollen sich mit Ihrer Einwendung an Ihr Fachorgan, die „Buch-binderzeitung“, wenden, da wir in diesem Stadium von den Lohnbewegungen in anderen Berufen keine Notiz nehmen, geschweige größere Ausführungen bringen können. — N. A. in Berlin: Wird aufgenommen. — Prinzipal Hirschfelder in Schönebeck a. E.: Mit dem allergnädigsten

Bergnügen werden wir Ihnen „ein Plätzchen auf der Sonnenfeste“ uners Blattes einräumen; wir werden eventuell sogar einen größeren Platz dafür frei machen, denn eine Liebenswürdigkeit ist doch der andern wert, und für Leute mit Humor haben wir noch immer etwas übrig gehabt. Aber Sie wollen sich ein wenig in Geduld fassen, denn nach dem Leipziger Witterungskalender steht vor Donnerstag den 30. November kein Sonnenschein zu erwarten. Zu unsern unendlichen Bedauern haben wir also erst an genanntem Tage wieder eine Sonnenfeste in dem von Ihnen nicht zu Unrecht hochgeschätzten „Corr.“ zur Verfügung, und die sei Ihnen! — G. K. in Elberfeld: Habe das nicht vergesen. Es haben sich aber Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Adressen heraus-gestellt, gebunden Sie sich noch einige Zeit. Freundlichen Gruß! R. — G. K. in Wulhausen: 3,30 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Essen. Der Secker Wilhelm Ortmeier von hier, zuletzt in Horkermarkt in Kondition, wird ersucht, seine Resignation innerhalb 14 Tagen zu begleitend, andernfalls Ausschluß beantragt wird. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, den Genannten hierauf aufmerksam zu machen resp. seine Adresse an M. Adamczewski, Seltensbergsweg 2, gelangen zu lassen.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Altensteig der Drucker Christian Bühler, geb. in Eghausen 1887, ausgl. in Altensteig 1905; war noch nicht Mitglied. — In Alperg bei Ludwigsb. der Secker Albert Pfisterer, geb. in Weighelm 1888, ausgl. in Alperg 1905; war noch nicht Mitglied. — In Feuerbach der Secker Eugen Möhner, geb. in Feuerbach 1888, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Ludwigsb. der Secker Karl Misteke, geb. in Ludwigsb. 1887, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16.

In Berlin die Secker 1. Paul Baapitz, geb. in Leipzig 1871, ausgl. das. 1889; 2. Max Behne, geb. in Berlin 1868, ausgl. das. 1886; 3. Otto Brandt, geb. in Wandsbet 1881, ausgl. in Berlin 1901; 4. Jof. Etschbach, geb. in Düsseldorf 1880, ausgl. in Köln 1898; 5. Theodor Eschricht, geb. in Berlin 1875, ausgl. das. 1893; 6. Karl Franke, geb. in Torgau 1887, ausgl. das. 1905; 7. Karl Jacobi, geb. in Sonnenberg 1882, ausgl. in Essen 1900; 8. Albert Kreuzer, geb. in Marienwerder 1885, ausgl. in Essen 1904; 9. Walter Rabuth, geb. in Berlin 1881, ausgl. das. 1900; 10. Paul Wiesniewski, geb. in Weissenhöhe 1883, ausgl. in Bromberg 1901; 11. Albert Zimmermann, geb. in Greifenhagen 1881, ausgl. das. 1898; die Drucker 12. Otto Heinicke, geb. in Halberstadt 1831, ausgl. das. 1899; 13. Ferdinand Hüffner, geb. in Berlin 1864, ausgl. das. 1884; 14. der Dieker Karl Seibt, geb. in Wilmersdorf 1875, ausgl. in Berlin 1894; waren schon Mitglieder. — Frz. Stoffe in Berlin S 42, Ritterstraße 88, I.

In Birnbaum der Drucker Karl Meyer, geb. in Stallupönen (Dispreußen) 1884, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Posen die Secker 1. Stanislaus Jagaciac, geb. in Grätz 1882, ausgl. das. 1900; 2. Leon Pominowski, geb. in Posen 1880, ausgl. das. 1893; 3. Jaroslaus Zielinski, geb. in Posen 1886, ausgl. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder; 4. Edward Nieger, geb. in Breslau 1878, ausgl. in Gnesen 1896; 5. der Drucker Wladislaus Knorr, geb. in Posen 1882, ausgl. das. 1903; waren schon Mitglieder. — In Schrimm die Secker 1. Thaddäus Debinski, geb. in Schroda 1886, ausgl. das. 1905; 2. Bernhard Lange, geb. in St.-Gyula (Westp.) 1885, ausgl. in Rosenber 1903; waren noch nicht Mitglieder. Felix Wagner in Posen O 1, Becknerstraße 18.

In Blasewitz der Secker Hugo Köhrbein, geb. in Blasewitz 1883, ausgl. in Dresden 1902; war schon Mitglied. — In Dresden die Secker 1. John Michau, geb. in Danzig 1881, ausgl. das. 1900; 2. Paul Schäfer, geb. in Großhirsberg 1886, ausgl. das. 1904; die Drucker 3. Willy Haack, geb. in Leipzig 1887, ausgl. das. 1905; 4. Alfred Kreinel, geb. in Meisen 1886, ausgl. in Dresden 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Leisnig der Schweizerdegen Franz Schneidermann, geb. in Dessau 1886, ausgl. in Koswig i. Vuh. 1905; war noch nicht Mitglied. — G. Steinbrück in Dresden, Matzildienstraße 7, I.

In Darmstadt der Secker Otto Münch, geb. in Bodenheim b. Frankfurt a. M. 1881, ausgl. in Wiesbaden 1899; war schon Mitglied. — In Langen die Secker 1. Philipp Eschardt, geb. in Marburg 1874,

ausgel. in Schlichtern 1891; 2. Karl Fieß, geb. in Kroppentz 1870, ausgel. in Magdeburg 1888; 3. der Drucker Wilhelm Hoffmann, geb. in Langen 1884, ausgel. das. 1903; waren schon Mitglieder. — P. Hildebeutel in Darmstadt, Arbeiterstraße 58.
 In Dieffen der Seher Franz Keitl, geb. in Regen 1888, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Freising der Drucker Johann Anholzer, geb. in Freising 1882, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied. — In Landsbut der Seher Josef Angerer, geb. in Mallersdorf 1887, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — In Nürnberg 1. der Seher Wilh. Lang, geb. in Heidelberg 1890, ausgel. das. 1897; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Hermann Glaser, geb. in Pfaffat 1875, ausgel. in Nachen 1895; war schon Mitglied. — Jof. Seip in München, Auenstraße 22, I.

In Karlsruhe der Seher Franz Müller, geb. in Karlsruhe 1885, ausgel. das. 1903; war schon Mitglied. — Jof. Breuer, Hirschstraße 25.
 In Kattowitz 1. der Schweizerdegen Stephan Glöbich, geb. in Karlsruhe (Kreis Groß-Strehlitz) 1883, ausgel. in Döbeln 1901; 2. der Drucker August Hildebrand, geb. in Nikolai 1872, ausgel. das. 1891; waren noch nicht Mitglieder. — In Loslau der Drucker Karl Müller, geb. in Dresden 1873, ausgel. in Potsdam (Bez. Dresden) 1892; war schon Mitglied. — Fr. Gubrian in Beuthen (O.-Schl.), Bismarckstraße 1, II.
 In Torgau der Seher Otto Brandt, geb. in Torgau 1877, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — Albert Müller in Dessau, Dohmstraße 7.
 In Strassburg die Seher 1. Julius Konrad, geb. in Strassburg 1885, ausgel. das. 1905; 2. Karl Hüber,

geb. in Martitz 1886, ausgel. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — E. Schrodi in Strassburg-Neudorf, Polygonstraße 23a.

Verammlungskalender.

Sankt-Wilhelmshaven. Verammlung Mittwoch den 29. November im „Friedrichshof“.
Quisburg. Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag den 10. Dezember in Oberhausen. Näheres durch Zirkular.
Dof. Verammlung Samstag den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant „Denet“. Näheres durch Zirkular.
Quedlinburg. Generallerversammlung Sonnabend den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus „Zur Roje“.
Stuttgart. Korrektorenversammlung Samstag den 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant Wied (früher Single), Paulinenstraße.

Gebilden, die sich befähigt glauben zur Anfertigung von

Entwürfen

von neuen Schriften, Einfassungen usw., werden von einer Schriftgießerei um Ausgabe ihrer Adresse unter Nr. 150 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Überall dort

wo ich noch nicht vertreten bin, suche ich geeignete Kollegen für den Vertrieb meines Verlagswerkes „Das Goldene Buch der Lebensweisheit“ als rote für die Artikel meiner Kunst-Anstalt, d. i. Wandbilder mit Blumen und Wappen, Porträts in Opat. Oel, Semiemaile, Schmuckkästen mit Fassung usw. usw. Konzentros! Eventuell neue Existenz! Feinste Meßerzeugnisse! Harz, Schmitz, Verlags- u. Versandbuchhandlung, Photogr. Kunst- u. Reproduktionsanstalt, Leipzig, N. 90.

Buchdruckerei (in Baden) sucht zum baldigen Eintritt einen

Saktor

der befähigt ist, eine Druckerei selbstständig zu leiten, im Entwerfen und Anfertigen von Maschinenbewandert ist und im modernen Zeitungsbetriebe Bescheid weiß. Werte Off. mit Zeugnisausschnitten, ausführlichem Bericht über bisher. Tätigkeit usw. und Photographie wolle man unter F. W. S. 428 an **Rudolf Hoffe**, Karlsruhe, gelangen lassen. Lohn 35 bis 40 Mk. [191]

Akzidenzseher

tüchtig in Entwurfs- und Comptabilitätsarbeiten, für selbstständiges, dauernde Stellung in Mittelfeld des Reichslandes per Mitte Dezember gesucht. Werte Offerten mit selbstgefertigten Mustern erbeten unter O. B. 187 an die Geschäftsstelle d. Bl. Verheiratete, die Lebensstellung suchen, werden bevorzugt.

Ein flotter Interatenseher

findet tarifmäßige Kondition bei **G. Reiter** in Zimenau. [188]

Intelligenter Seher

der befähigt ist, Lokalberichterstattung für eine kleine Zeitung und Akquisition zu übernehmen, wird für sofort oder später gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen unter T. H. 181 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schweizerdegen

solider, im Satz u. Druck selbständige Kraft, nach Schließen gesucht. Herron, die im Züchten und Weitschneide erfahren sind und sich zum Besuche der Rundschau eignen, bevorzugt. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 146 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gesucht

tüchtiger **Interatenseher**. [145]
Schriftgießerei Otto Weiser, Stuttgart.

Tüchtiger Galvanoplastiker

nach **Wien** gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 193 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schriftgießereigraber

und **Stempelschneider** wünscht in Frankfurt zum 15. Januar 1906 passende Stellung. Studierender ist in Stahl und Zeug sowie Arbeit gleich gut. Werte Off. unter F. E. 419 befördert. **Dauze & Co.**, Frankfurt a. M. [188]

Jünger, tüchtiger Galvanoplastiker welcher im Herstellen von Galvanos tüchtig und in der Stereotypie nicht unerfahren ist, sucht sofort Stellung. Werte Offerten unter G. P. 62 Mittheilungspostl., Stuttgart art erb.

Stempelschneider

(Stahl und Zeug) sucht in **Leipzig** Stellung. Werte Offerten unter W. L. 164 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Konrad Giedler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Erbeten ohne Vermerk können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des Corr.

Dresden Buchdruck.-Verein Dresden

Sonntag den 8. Dezember, vorm. 11 Uhr: Monatsversammlung im Vereinslokale. [190] Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Anträge zur Generalversammlung, welche am 7. Januar 1906 abgehalten wird, müssen bis spätestens Sonnabend den 23. Dezbr. d. J. an den Vorsitzenden **Alb. Lehmann**, Terrassenstr. 6 II, schriftlich eingekandt werden. Mitglieder, welche mehr als zwei Monatsbeiträge verfallen, werden ersucht, selbige beim Kassierer **Herrn. Herrn. Schmiebach** 2, III, zu begleichen. Andernfalls sie namentlich auf der Besantentliste des Geschäftsberichtes verzeichnet werden. P. O.

Technikum für Buchdrucker

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Saktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gebilten, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle, **Leipzig-R.**, Senefelder-Strasse 15.

Taschen-Apotheke

für 90 Pf. franko. [178]
Graphische Verlags-Anstalt
 P. Goldschmidt, Halle a. S.
 Königstrasse 58 (nur 10 Min. vom Hauptbahnhof).
 Graphischer Anzeiger gratis und franko.

Laubsägerei

Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkz., Vorl., Holz usw.
J. Brendel, Maxdorf 58, Pfalz.
 Reichhaltiger Katalog über 2000 Abbildg. geg. 40 Pf. in Briefm. frko.
 • Laubsägeholz • per qm von 1 Mk. an.

Bei den hohen Fleischpreisen geht der **Humor** aus, ohne dieien ist das Leben aber schwer zu ertragen. Der **Humor** kehrt wieder, wenn **Buchdrucker-Studien** anschafft, man sich unse. die wir in 3 Hefen à 50 Pf., zusammen für nur 1,20 Mk., ausnahmaweise bis Weihnachten verenden. Porto 10 Pf. [180]
Graph. Verlagsanstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S., Königstrasse 58 (nur 10 Minuten vom Hauptbahnhof entfernt).

Für die Angabe der gegenwärtigen Adressen (H oder Inhaltspunkte hierfür) nachgeannter Personen gewähren wir **Belohnung**. Beschwierigkeit zugest. **Gez. Fritz**, Dresden-N. 4. 234. Obermaschinenmeister **Sermann Friedrich**, zulete in Nürnberg, Schweinaustraße, geb. 7. 10. 60 in Connewitz oder (laut geführter Invalidentarte) 3. 4. 66 in Hannover — 2133 Schriftseher **Alfred Weich**, zulete in Kalbe a. S., geb. 14. 11. 78 in Rützkow. **Wemst** **Edw. Bedenke**, zulete 211 Buchdrucker **Gmil Schmidt**, zulete **Wolfgang Biering** in Gera, geb. 8. 4. 90 in Frankfurt a. M. Seine Vater wohnt **Biering** in Gera, Königstr. 13a, sein Bruder ist **Wolfgang Biering** in Gera. [192]

Billig zu verkaufen:

6 Bände „**Typograph. Jahrbücher**“ (7 Bände, 1899 bis 1904) daterhaltig, geb. (4 Bde. in Original-Einbände). **Chr. Faldt**, Quakenbrück, Hann.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Sonabend den 2. Dezember in der „Neuen Welt“, Hasenheide:

Seier des 43. Stiftungsfestes.

Zur Aufführung gelangt u. a.: „**Anarcho-Petroleure**“. Ein vaterländisches Trauerspiel in sechs Bildern vom Kollegen **H. A. GEMAL**.
 Anfang 9 Uhr. **Sanktionierung 8 Uhr.**
 Der Eintritt ist nur den Mitgliedern gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. Die Vergnügungskommission.
 Ein offizielles Stiftungsfestprogramm gelangt zum Preise von 10 Pf. zur Ausgabe.

Ein wertvolles Fachwerk ganz umsonst!

Alle Bezieher des „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“, Verlag von Klimesch & Co., Frankfurt am Main, erhalten das

Handbuch für Buchdrucker unter Mitwirkung bewährter Fachgenossen bearbeitet von Friedrich Bauer

welches das „Handbuch für Schriftsetzer“, in Lieferungen dem „Anzeiger“ mitgegeben wird

völlig gratis.

Das „Handbuch für Schriftsetzer“ hatte einen beispiellosen Erfolg — über 4000 Lieferungen wurden nachbestellt. Das „Handbuch für Buchdrucker“ wird ihm nicht nachstehen; wir bitten deshalb, die Lieferungen von Anfang an sorgfältigst zu sammeln. Lieferung 1 soeben erschienen.

Für den billigen Preis von **20 Pfennig pro Monat** abonniert man bei der Post auf den „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“.

Verlag des „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“
 Frankfurt am Main, Klimesch & Co.

Farbenbrechen und Mischen

lernt man nur durch fortgesetztes Studium. Kein Fachblatt kommt in dieser Beziehung den „Typographischen Jahrbüchern“ gleich. Die seltensten Farben, die schönsten Farbentöne werden auf den prächtigen Kunstblättern nicht nur gezeigt, sondern ihre Mischung in einer Weise gelehrt, dass jeder Buchdrucker ihnen folgen kann. Wir empfehlen solchen Kollegen, welche praktische Farbenkunde treiben wollen, das Abonnement der „Typographischen Jahrbücher“. Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen an. [182]

Verlag von Julius Mäser in Leipzig-R.

Kleinste deutsche Grammatik. 50 Pf.
Meyer, Organisation und Geschäftsbetrieb des Deutschen Buchhandels. 25 Pf.
Richardson, Grammatik der Lithographie. 1 Mk.
Die Festage des Buchdruckers. 1 Mk.
Lehrvertrag für Buchdruckerlehrlinge. (Nach der neuen Gewerbeordnung abgeändert.) Preis pro Exemplar 20 Pf., bei 5 Exemplaren à 15 Pf., bei 10 Exemplaren à 12 Pf.
Lehrbriefe für Buchdrucker. In künstlerischer Ausführung. 2 Mk.
Gautschbriefe auf Kunstdruckpapier. 1 Mk.
Porto und Verpackung (Rolle) 40 Pf.
Buchdruckerdiplom für Geschäfts- und Arbeitsbibliolen. Entworfen von Prof. M. Honegger in Leipzig, 6,50 Mk. [47]

Ueber Krankheit, Unfälle und Invalidität.

Siehehen erziehen:
Inhalt: 1. Das Invaliditätsgesetz; 2. Krankenversicherung; 3. Gewerbeunfallversicherung; 4. Auf was ist zu achten, wenn ein Arbeiter verunglückt; 5. Erste Hilfeleistung bei plötzlichem Unglücksfällen oder Erkrankungen; 6. Genußapotheke. Preis 10 Pf., Porto 5 Pf. Bei Bezug von 25 Exempl. ab für Ortsvereine oder Klassen angemessenen Rabatt. — Ferner empfehle: **Das Aussehen der Formen.** Von H. Engelhardt. Preis 1,50 Mk. — **Führer durch die Berliner Buchdruck-Industrie, Bergleitsamt** tarifsteuere Buiz- und Steinbrudereien. Preis 25 Pf. einchl. Porto. [181]
Philipp Schmitt, Berlin NW 6, Karlsru. 25.

Vertrauenswürdige, sprachw., Lehr- u. Unterhaltungs-, ferner gross Laterna magica (30 Mk. gekost.) gegen Mineralien- usw. Samml. od. Antiquitäten. **Amandus Voss**, Korrektor, Niedereichenhaus in Berlin.

Am 19. November, nachts 12 Uhr, verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Schriftsetzer **Joseph Klar** im 29. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Das Personal der Buchdruckerei Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin. [194]

Am 21. November verstarb nach schwerem Leiden unser lieber Rich. Döring im Alter von 86 Jahren. Der Verstorbene war uns in jahrelangem Zusammenarbeiten stets ein braver Kollege, dessen Andenken wir immer in Ehren halten werden. Das Personal der Buchdruckerei Karl Marchner, Berlin SW. [186]

Am 17. November verschied nach langem schweren Leiden der Schriftsetzer-invalide **Alfred Hegi** in seinem 33. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren. [185]
 Der Bezirksverein Mühlhausen I. Eis.

Im postaltischen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, wolle man alle für den Gesch. bestimmten Gebildungen nicht an die Geschäftsstelle od. Expedition des Corr., sondern an **Konrad Giedler** adressieren.